

***Erfolgreiche Wirtschaftspolitik der  
Bundesregierung***

Rede

***Sigmar Gabriel***

*Bundesminister für Wirtschaft und Energie*

Anlass

Eingangsstatement für das Gespräch mit dem  
Gemeinschaftsausschuss der Deutschen  
Gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Erstellung  
des JWB 2016 (gemeinsam mit BMF und BMAS)

am 19. Januar 2016

Uhrzeit der Rede: 11:00 Uhr

in BMWi-Berlin

Redezeit: ca. 15 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr Dr. [REDACTED],

[*Delegationsleiter, DIHK-Präsident, GA Vorsitzender*]

sehr geehrter Herr Kollege [REDACTED],

sehr geehrter Herr Staatssekretär

[REDACTED] [*StS im BMAS*],

sehr geehrte Damen und Herren,

### **Einführung**

ich heiÙe Sie alle hier im  
Bundswirtschaftsministerium herzlich  
willkommen.

Es ist ja schon gute Tradition, dass  
wir in diesem Kreis über die  
wirtschaftspolitischen Leitlinien der  
Bundesregierung diskutieren.

Der Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 2016, den ich Ihnen erläutern will, wird am 27. Januar im Kabinett verabschiedet und das Nationale Reformprogramm werden wir im April nach Brüssel übersenden.

### **Herausforderung Flüchtlinge**

Das Thema, das die aktuelle Diskussion auch in den nächsten Monaten bestimmen wird, ist der dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen.

Er stellt Gesellschaft und Politik in Deutschland – und damit auch die Bundesregierung – vor die sicherlich größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung.

Gerade aus wirtschaftspolitischer Sicht kann man überzeugend argumentieren, dass eine alternde Gesellschaft Zuwanderung braucht und die Flüchtlinge eine Chance für unser Land sind.

Die erschütternden Ereignisse von Köln und auch in anderen Städten haben uns aber noch einmal drastisch gezeigt, dass es so einfach nicht ist.

Guter Wille allein reicht nicht, wir brauchen einen realistischen Blick auf die Dinge.

Realismus bedeutet zum Beispiel, dass wir einen starken und handlungsfähigen Staat haben.

Einen Staat, der sicherstellen kann, dass es „Null Toleranz“ für Kriminalität und sexuelle Übergriffe gibt, der mit Polizei und Justiz präsent ist, und der auch in der Lage ist, diejenigen zurückzuführen, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen oder keinen Anspruch auf Asyl haben.

Realismus bedeutet auch, dass wir schnell massive Investitionen in unsere Infrastruktur, in Wohnungsbau, in Schulen und Kitas brauchen.

Dabei müssen wir entscheidend darauf achten, dass sich nicht ein „Für die tut ihr alles, für uns tut ihr nichts“-Eindruck in der Bevölkerung festsetzt.

Deshalb darf es keinen Flüchtlingswohnungsbau geben, wir brauchen Wohnungsbau für Deutsche und Flüchtlinge gleichermaßen.

Realismus ist auch, zu wissen, dass Integration kein Selbstläufer ist. Wir brauchen mehr Sprachkurse und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, damit sich Flüchtlinge nicht in der Arbeitslosenstatistik, sondern im Betrieb und so in der Mitte der Gesellschaft wiederfinden. Dann können wir auch wirtschaftlich gewinnen.

All das kostet Geld, viel Geld. Dank der guten Konjunkturlage war es uns möglich, Ländern und Kommunen wichtige Hilfeleistung zu gewähren, insbesondere durch die 670-Euro Pauschale (Flüchtling/Monat).

Weiterhin werden Länder und Kommunen beim Bau neuer Sozialwohnungen ab 2016 mit jährlich 500 Millionen Euro unterstützt.

Und ich begrüße auch die Ankündigung vom Kollegen [REDACTED], dass er die Länder zu Gesprächen über weitere steuerliche Erleichterungen für die Schaffung von bezahlbarem Mietwohnungsbau einladen wird.

Wenn wir trotz all dieser Herausforderungen Grund zur Zuversicht haben, dann, weil wir eine solide wirtschaftliche Basis und gesunde Staatsfinanzen haben, die es uns ermöglichen, die damit verbundenen Lasten zu schultern.

**Deutsche Wirtschaft trotz**  
**turbulenten internationalen**  
**Umfeldes in guter Verfassung.**

Wir stehen zurzeit ja relativ gut da: Deutschland befindet sich weiter auf einem soliden Wachstumskurs.



Und das, obwohl das Jahr 2015 im Zeichen der Spannungen mit Russland und der Konflikte außerhalb Europas stand.

Hinzu kam die Griechenlandkrise und die Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern, vor allem in China.

Umso erfreulicher ist es, dass die deutsche Wirtschaft Kurs gehalten hat. 2015 betrug das Wirtschaftswachstum 1,7 Prozent. Für das Jahr 2016 gehen wir von einer ähnlichen Größenordnung aus

*[Herbstprojektion: 1,8 Prozent; neue Projektion wird mit dem JWB veröffentlicht].*

Im Jahresschnitt 2015 wurde mit knapp 43 Millionen Erwerbstätigen erneut ein Rekordwert erreicht [trotz mancher Prophezeiungen ...]. Die

Arbeitslosenquote ist weiter gesunken und betrug nur noch 6,4 Prozent

[minus 104.000 auf 2,795 Mio. Arbeitslose].

Die Vorzeichen für die deutsche Binnenkonjunktur stehen nach wie vor gut: Beschäftigung und Einkommen steigen; die

Finanzierungsbedingungen sind ausgezeichnet.

Konjunkturelle Impulse gehen vor allem von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen aus. Hier spiegelt sich auch die Wirkung des niedrigen Ölpreises auf die Kaufkraft wider.

Dennoch investieren die Unternehmen weiterhin eher zurückhaltend. Eine Ursache dafür dürfte das fragile weltwirtschaftliche Umfeld sein.

Im neuen Jahr ist allerdings auch hier mit einer gewissen Belebung zu rechnen: Wir erwarten, dass sich das Wachstum der Weltwirtschaft etwas beschleunigt. Das wird auch den Welthandel wieder etwas ankurbeln.

Der Wechselkurs dürfte sich ebenfalls weiterhin günstig auf die Exportchancen der deutschen Wirtschaft auswirken.

Entscheidend ist nun, den aktuellen Wachstumskurs zu sichern, auch vor dem Hintergrund von demografischer Entwicklung, Digitalisierung und Globalisierung.

Deutschland muss mehr in seine Zukunftsfähigkeit investieren.

*[Bevor ich zu den Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik komme, lassen Sie mich eins vorausschicken. Ich hatte vorhin auf die Gefahr hingewiesen, dass das Flüchtlingsthema die deutsche Gesellschaft spalten könnte. Aber offenbar sind nicht nur sozial Schwache in Sorge, ihre Interessen könnten von der Flüchtlingsproblematik überlagert werden. Wie ich vor kurzem der Presse entnommen habe, fürchten auch Vertreter der deutschen Wirtschaft, sie könnten vor lauter Flüchtlingspolitik vergessen werden. [BDI-Chef ■■■ hat der Bundesregierung vorgeworfen, wegen des Flüchtlingszustroms „permanent im Krisenmodus“ und daher blind für die Probleme der Wirtschaft zu sein. Es müsse mehr Geld in die Infrastruktur investiert werden. Neue Osnabrücker Zeitung, 13.1.2016].*

*Lieber Herr ■■■, ich versichere Ihnen, wir sind nicht blind für Probleme der Wirtschaft. Die Bundesregierung setzt ihre auf Investitionen ausgerichtete, nachhaltige wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik fort. Der Jahreswirtschaftsbericht belegt das.]*

## **Wirtschaftspolitische**

### **Schwerpunkte**

Der Jahreswirtschaftsbericht 2016 legt einen Fokus auf den digitalen Wandel. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für künftiges Wirtschaftswachstum in Deutschland nutzen.

Konkret heißt das, dass wir den Breitbandausbau vorantreiben. 50 Mbit pro Sekunde sind ein gutes Zwischenziel, aber unser Anspruch muss sein, künftig Bandbreiten im Gigabit-Bereich möglichst flächendeckend anzubieten.

Ein Schwerpunkt soll auch die Digitale Bildung sein. *[IT-Gipfel-Thema 2016]* Wir sind bereit, Ausbildungsordnungen im Hinblick auf die Digitalisierung zu aktualisieren. Sagen Sie uns, was die Bedarfe der Wirtschaft sind.

Wir haben fünf Kompetenzzentren Industrie 4.0 und ein digitales Kompetenzzentrum für das Handwerk ebenso wie „Schaufenster“ für die intelligente Vernetzung der Zukunft im Energiebereich (SINTEG) geschaffen und gerade die Schaffung weiterer beschlossen.

Schließlich müssen wir die Ordnungspolitik auf die Anforderungen des Digitalzeitalters einstellen. Mit den digitalen Plattformmärkten entstehen neue Monopolisierungsrisiken. Dem werden wir mit der 9. GWB-Novelle begegnen. Übrigens ohne damit die Entwicklungs- und Übernahmemöglichkeiten von Startups zu erschweren! *[Weitere ordnungspolitische Maßnahmen: Vergaberechtsreform (digitale Vergabe); IT-Sicherheitsgesetz]*

Neben der Digitalisierung wird 2016 auch das Thema Investitionen wieder hoch auf der wirtschaftspolitischen Agenda stehen.



Der Bund hat im Bereich der öffentlichen Investitionen bereits deutliche Akzente gesetzt. Der Anteil der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt stieg von 8,5 Prozent (2014) auf 9,7 Prozent (2015).

Mehr Investitionen sind ein gemeinsames Anliegen dieser Bundesregierung. Ich danke dem Kollegen [REDACTED] ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2015 und bin zuversichtlich, dass wir sie auch in diesem Jahr fortsetzen werden.

Neben den zusätzlichen Investitionen des Bundes etwa in Bildung oder in die Verkehrsinfrastruktur, hat die Bundesregierung Länder und Kommunen in dieser Legislaturperiode mit über 30 Milliarden Euro entlastet.

Das schafft Spielräume für zusätzliche Investitionen. *[Darüber hinaus wird die*

*Bundesregierung auf Basis der Vorschläge der Fratzscher-Kommission strukturelle Maßnahmen prüfen, um die Effizienz der öffentlichen*

*Investitionsausgaben zu erhöhen. (Stichwort:*

*Bundesfernstraßengesellschaft; Beratungsagentur für Investitionsvorhaben der Kommunen)]*

Vor allem geht es aber auch darum, die private Investitionstätigkeit zu beleben.

Ein besonderes Augenmerk legen wir hier auf Unternehmensgründungen und junge Unternehmen, denn sie spielen für die Innovationskraft unserer Wirtschaft eine besondere Rolle.

Um mehr privates Kapital für junge, innovative Unternehmen zu mobilisieren, hat die Bundesregierung deshalb die Rahmenbedingungen für Wagniskapital und Start-ups

verbessert *[u. a. sollen 2016 insbes. das INVEST-Zuschussprogramm ausgebaut und der Kreis der Antragsteller auf Fondsinvestoren ausgeweitet werden; es wird keine Veräußerungsbesteuerung von Streubesitz geben; die KfW ist als Ankerinvestor für Fonds in den Markt zurückgekehrt].*

Auch hier arbeiten der Kollege  
[REDACTED] und ich eng zusammen.

Und ich bin sicher, dass wir auch bei weiteren wichtigen Themen, die im Eckpunktepapier Wagniskapital genannt werden – insbesondere der Befreiung von Managementdienstleistungen von Beteiligungskapitalfonds von der Umsatzsteuer – weiterkommen. Der heutige Termin ist eine gute Gelegenheit für Sie, den relevanten Ministern auf diesem Feld mitzugeben, was aus Sicht der Wirtschaft hier notwendig ist.

Nicht zuletzt hat die Bundesregierung die Wirtschaft in einem ersten Bürokratienkostenentlastungsgesetz um 744 Mio. Euro von Bürokratienkosten entlastet und wird auf diesem Weg weiter vorangehen.

Im Hinblick auf die in Deutschland traditionell starke Industrie geht es darum, digitale Innovationen und den Übergang zur Industrie 4.0 zu erleichtern.

Dazu hat die Bundesregierung einen umfangreichen Dialogprozess angestoßen, ebenso wie zu Fragen der digitalen Arbeitswelt *[Arbeiten 4.0]*. Staatssekretär ██████████ wird darauf sicher gleich noch eingehen.

## **Schluss**

Meine Damen und Herren,  
all dies stellt nur einen Ausschnitt des  
Jahreswirtschaftsberichts dar.

Denken Sie nur an die Energiepolitik.  
Mit dem Strommarktgesetz und dem  
EEG 3.0 werden wir in diesem Jahr  
die Marktkräfte weiter stärken.

Nun freue ich mich auf Ihre  
Einschätzungen:

- Wie beurteilen Sie die  
konjunkturellen Perspektiven der  
deutschen Wirtschaft?
- Wie schätzen Sie die Chancen und  
Risiken der Zuwanderung ein?

- Worin liegt aus Ihrer Sicht der größte Handlungsbedarf, damit der digitale Wandel in Deutschland zu einem Erfolg wird?

Bevor wir diese und weitere Fragen mit Ihnen diskutieren, möchte ich Herrn Minister [REDACTED] und Herrn Staatssekretär [REDACTED] bitten, meine Ausführungen zu ergänzen.